Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/345
04. 05. 77

Sachgebiet 6

Große Anfrage
der Fraktion der CDU/CSU

Entwicklungspolitik

Wir fragen die Bundesregierung:

1. a) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die entwicklungspolitische Diskussion der internationalen Konferenzen nicht länger primär durch Fragen der globalen Umverteilung durch die sogenannte „Neue Weltwirtschaftsordnung", sondern wieder stärker durch Fragen der Entwicklung und der Verbesserung der Wirtschafts- und Sozialstruktur in den einzelnen Entwicklungsländern sowie der Eigenanstrengungen und einer effektiven Wirtschaftspolitik der Entwicklungsländer bestimmt werden sollte?

   Wenn ja, welche konkreten Schritte plant die Bundesregierung, um diese Probleme wieder stärker in den Vordergrund der internationalen Diskussion zu bringen?

   b) Auf welche Weise hat die Bundesregierung bisher den Entwicklungsländern deutlich gemacht, daß das Problem der Ungleichheit in der Welt nur in einem mühsamen, langwierigen Prozeß lösbar sein wird?

   Mit welchem geistigen und politischen Konzept will die Bundesregierung den eskalierenden Forderungen der Entwicklungsländer nach automatischer Umverteilung begegnen?

   c) Welche operationalen Kriterien für die Bewertung von Eigenanstrengungen hat die Bundesregierung erarbeitet, nachdem sie in den „Gymnicher Thesen" die Bedeutung der Eigenanstrengungen der Entwicklungsländer für die entwicklungspolitische Förderung hervorgehoben hat?

   d) Ist die Bundesregierung bereit, ihre Entwicklungshilfe stärker als bisher von einer erfolgversprechenden Wirtschafts- und Sozialpolitik der Entwicklungsländer abhängig zu machen?

Druck: Thenée Druck KG, 53 Bonn, Tel.: (02221) 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1, Postfach 821, Goethestr. 56, Tel. (02221) 36 35 51

e) Ist die Bundesregierung angesichts der eigenen Erfahrungen im Interesse der Entwicklungsländer bereit, bei ihrer entwicklungspolitischen Zusammenarbeit die Rolle der Ordnungspolitik stärker zu beachten, da die jeweilige Wirtschafts- und Sozialordnung für den Erfolg sowohl der eigenen Anstrengungen der Entwicklungsländer als auch der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit von wesentlicher Bedeutung ist?

2. a) Mit welchen konkreten Initiativen und welchem Erfolg hat die Bundesregierung darauf hingewirkt, daß die OPEC-Länder sich bei ihren Leistungen für Entwicklungsländer stärker an entwicklungspolitischen Kriterien orientieren, insbesondere sich den Vergabekonditionen der Industrieländer annähern, ihre Entwicklungshilfe geographisch weiter auffächern und dabei stärker nach der Bedürftigkeit der Empfängerländer differenzieren?

b) Wie beurteilt die Bundesregierung die bisherigen entwicklungspolitischen Anstrengungen der OPEC?

3. Wie vereinbart die Bundesregierung, daß einerseits 1973 von der Europäischen Gemeinschaft – auf deutsche Initiative – eine Entschließung verabschiedet wurde, den Umfang der öffentlichen Entwicklungshilfe möglichst unbeeinflußt von Haushalts- und Zahlungsbilanzproblemen zu halten und daß andererseits die Ansätze der neuen mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 1977 und 1978 erheblich hinter den Ansätzen der mittelfristigen Finanzplanung von 1973 und 1974 zurückbleiben?

4. a) Wie hoch war 1975 und 1976 der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) am Bruttosozialprodukt?

Wie hoch wird nach Schätzungen der Bundesregierung der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe am Bruttosozialprodukt in den Jahren

— 1977
— 1978
— 1979
— 1980

sein?

b) Wie hoch war

— bei den DAC-Ländern
— bei den EG-Ländern

der durchschnittliche Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe am Bruttosozialprodukt in den Jahren

— 1973
— 1974
— 1975
— 1976,

und wie hoch wird dieser Anteil
- — 1977
- — 1978
- — 1979
- — 1980

nach den bisherigen Planungen geschätzt?

c) Steht die Bundesregierung noch zu ihrer Aussage in der Regierungserklärung vom Januar 1973, nach der die deutsche Entwicklungshilfe entsprechend dem Vorgehen unserer europäischen Partner gesteigert werden soll?

5. a) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung – falls sie dies für notwendig erachtet – bei der Erschließung zusätzlicher Mittel zur Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit, und wie beurteilt sie die in der Öffentlichkeit diskutierten – von dem Minister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Frau Marie Schlei, teilweise unterstützten – Vorschläge?
   - — Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag einer „Ergänzungsabgabe" für Entwicklungshilfe?
   - — Wie beurteilt die Bundesregierung die aus den Reihen der Regierungskoalition erhobene Forderung, ERP-Mittel verstärkt für Entwicklungshilfe einzusetzen?
   - — Was hält die Bundesregierung von einer „Entwicklungs-Anleihe"?

b) Hat die Bundesregierung bereits geprüft, ob Grundsätze des Marshall-Plans (z. B. Fondsbildung) für die deutsche Entwicklungshilfe anwendbar sind?

Zu welchen Ergebnissen ist sie gekommen?

c) Erscheint es der Bundesregierung realisierbar, für die deutsche Kapitalhilfe angesichts der kumulativen Größenordnungen, die Verpflichtungen, Außenstände und Rückflüsse inzwischen erlangt haben, einen selbständigen Finanzfonds zu schaffen?

Wie beurteilt die Bundesregierung insbesondere die Möglichkeit, durch einen solchen Fonds die Durchführung der deutschen Kapitalhilfe weniger abhängig vom Stand der alljährlichen Etatberatungen und dem Ende des jeweiligen Haushaltsjahres zu halten und sie dadurch zu verstetigen, längerfristig planbarer und somit wirksamer zu machen?

6. a) Wie beurteilt die Bundesregierung das Vordringen des kommunistischen Einflusses in Afrika und Südostasien?

Welche Konzeption im Bereich der Nord-Süd-Politik hat die Bundesregierung gegenüber dieser machtpolitischen und ideologischen, teilweise durch militärische Eingriffe unterstützten, kommunistischen Expansion unter Führerschaft der UdSSR?

b) In welchem Umfange haben, nach Kenntnis der Bundesregierung, die kommunistischen Länder Osteuropas (insbesondere Sowjetunion und DDR) sowie Kuba

- in den Jahren 1960 bis 1970
- 1971
- 1972
- 1973
- 1974
- 1975
- 1976

Waffen und Militärpersonal in Entwicklungsländer entsandt?

c) Welche Entwicklungsländer haben, nach Informationen der Bundesregierung, der Sowjetunion

- Stützpunkte
- Lande- und Hafenrechte
- Überflugrechte

eingeräumt oder mit der Sowjetunion

- als „Fischereiabkommen" getarnte Stützpunktabkommen

abgeschlossen?

d) In welcher Höhe hat die Sowjetunion, nach Kenntnis der Bundesregierung, seit Anfang 1975 Abkommen mit Entwicklungsländern über Waffenexporte abgeschlossen?

e) Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen des rapide steigenden Waffenexports und der militärischen Zusammenarbeit der kommunistischen Staaten mit den Entwicklungsländern auf das Nord-Süd- und das Ost-West-Verhältnis?

f) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, daß die DDR eine intensive militärische Zusammenarbeit mit zahlreichen Entwicklungsländern, insbesondere in Afrika, betreibt und in diesen Ländern Guerilla-Gruppen für Einsätze in dritten Ländern ausbildet und unterstützt?

Warum hat sich die Bundesregierung bisher zu dieser, den internationalen Frieden gefährdenden Aktivität der DDR weder auf nationaler noch internationaler Ebene geäußert?

g) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß diese Aktivität der DDR auch einen spezifisch deutschen Aspekt hat, und wie beurteilt die Bundesregierung die Politik der DDR für die Position der Bundesrepublik Deutschland in der Dritten Welt?

h) Welche konkreten Vorstellungen hat die Bundesregierung für ihre Entwicklungshilfe an kommunistische Staaten?

Welches sind die Ziele, Kriterien und Maßstäbe für die Erfolgskontrolle dieser Politik?

i) Welche Kontakte unterhält die Bundesregierung zu welchen „Befreiungsbewegungen"?

Trifft es zu, daß die Bundesregierung „Befreiungsbewegungen" aufgefordert hat, konkrete Vorschläge zur Zusammenarbeit zu unterbreiten?

Nach welchen Kriterien beurteilt die Bundesregierung die Legitimität von „Befreiungsbewegungen"?

Welches sind die Kriterien für eine Zusammenarbeit der Bundesregierung mit „Befreiungsbewegungen"?

7. a) Ist die Bundesregierung bereit, vor den Vereinten Nationen und vor anderen mit dieser Frage befaßten internationalen Gremien den Thesen der radikalen Entwicklungsländer, daß Marktwirtschaft Ausbeutung der Entwicklungsländer und daß Unterentwicklung der Dritten und Vierten Welt eine Folge der marktwirtschaftlichen Ordnung der Weltwirtschaft sei, offensiv entgegenzutreten?

b) Welche Gründe haben die Bundesregierung dazu veranlaßt, den Vorschlag des Weltbankpräsidenten McNamara, den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt als Vorsitzenden einer Nord-Süd-Vermittlungskommission zu berufen, „zu begrüßen", obwohl der SPD-Vorsitzende der offiziellen deutschen Politik in der Frage der Errichtung einer „Neuen Weltwirtschaftsordnung" im Aus- und Inland mehrfach widersprochen hat und damit die Verhandlungsposition der Bundesregierung im Nord-Süd-Konflikt beeinträchtigt hat?

c) Stimmt die Bundesregierung der Auffassung zu, daß es angesichts der öffentlichen internationalen Diskussion über die Weltwirtschaftsordnung Aufgabe der Bundesregierung ist, Thesen, in denen u. a.

— behauptet wird, daß das offensichtliche Versagen des „internationalen Kapitalismus" eine völlig neue Art des Zugangs zu den internationalen Wirtschaftsproblemen erfordere und daß dieser Zugang nur ein „sozialistischer" sein können, und

— gefordert wird, daß der Staat in den Industrieländern mittels öffentlichen Eigentums oder öffentlicher Kontrolle umfassend und direkt in Wirtschaftskreisläufe und Wirtschaftsunternehmen eingreifen müsse,

öffentlich entgegenzutreten?

8. a) Von welchen ordnungspolitischen Vorstellungen hat sich die Bundesregierung in der Diskussion um eine „Neue Weltwirtschaftsordnung" bei der Festlegung einer gemeinsamen EG-Politik leiten lassen?

Ist sie bereit, entsprechend den Römischen Verträgen auf einer liberalen Handelspolitik der EG zu bestehen?

b) Welche konkreten marktwirtschaftlichen Alternativen zu der „Neuen Weltwirtschaftsordnung" hat die Bundesregierung auf den betreffenden internationalen Konferenzen vorgelegt, und mit welchem Erfolg hat sie sie vertreten?

9\. a) Welche konkreten Vorschläge und Initiativen hat die Bundesregierung vor welchen Gremien und mit welchem Erfolg zur Sicherung von Privatinvestitionen in Entwicklungsländern vorgelegt?

b) Hat die Bundesregierung konkrete Vorstellungen darüber, wie das für das Funktionieren der internationalen Kreditmärkte gefährliche Verschuldungsproblem der Entwicklungsländer zu bewältigen ist und ist die Bundesregierung bereit, Vorschläge für ein Vorwarnsystem und Kriterien zur Umschuldung von Fall zu Fall und neue Kreditvergaben international zu unterbreiten?

10\. a) Wie hoch schätzt die Bundesregierung

- finanzielle Belastungen des Bundeshaushalts
- volkswirtschaftliche Folgekosten
- Versorgungsrisiken

bei einer Verwirklichung des „Integrierten Rohstoffprogramms", wie es von den Entwicklungsländern auf der UNCTAD-Konferenz in Nairobi gefordert wurde?

b) Wie hoch veranschlagt die Bundesregierung finanzielle Belastungen künftiger Bundeshaushalte als Folge des Nord-Süd-Dialogs (KIWZ)?

Sollen nach ihrer Auffassung mögliche zusätzliche Ausgaben im Rahmen der bisherigen Plafonds der mittelfristigen Finanzplanung oder zusätzlich finanziert werden?

c) Bleibt die Bundesregierung – auch angesichts der zu erwartenden höheren Belastungen im Rahmen der KIWZ und der UNCTAD – bei ihrer Absicht, den Anteil der multilateralen Entwicklungsmittel nicht auf über ca. 30 % der insgesamt aufgewandten Mittel zu erhöhen?

11\. a) Wie sieht die Bundesregierung das gegenwärtige und künftige Verhältnis von GATT und UNCTAD?

Hält die Bundesregierung eine Änderung der gegenwärtigen institutionellen Aufgabenverteilung zwischen GATT und UNCTAD für sinnvoll, und wenn ja, in welchen konkreten Punkten?

b) Wie weit betrachtet die Bundesregierung das GATT für geeignet, konkrete Beiträge zur Entwicklung der Dritten und Vierten Welt zu leisten?

Bonn, den 4. Mai 1977

Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion

Begründung

1. Im Verlauf des Jahres 1977 wird sich die Auseinandersetzung um die künftige Gestaltung der Weltwirtschaftsordnung zuspitzen. Im Dialog mit den Entwicklungsländern haben sich die Industriestaaten des Westens in die Defensive drängen lassen. Zentrales Thema ist die Forderung der Entwicklungsländer nach einer „Neuen Weltwirtschaftsordnung".

   Zwar ist in dem Forderungskatalog unter dem Begriff „Neue Weltwirtschaftsordnung" auch eine Reihe berechtigter Anliegen enthalten. So das Verlangen nach verstärkter Weiterverarbeitung von Rohstoffen in den Entwicklungsländern, nach Erleichterung des Technologie-Transfers oder nach weiterer Öffnung der westlichen Märkte für Erzeugnisse aus den Entwicklungsländern.

   Insbesondere für die radikalen Wortführer der Entwicklungsländer bedeutet „Neue Weltwirtschaftsordnung" jedoch Dirigismus und Einschränkung, wenn nicht gar Außerkraftsetzung des Marktes. Dieses System soll mit politischen Mitteln eine Einkommensübertragung erzwingen, die der Markt nicht hergibt und zu der die Industrieländer in Form von Krediten und Zuwendungen im Rahmen der Entwicklungshilfe bisher nicht bereit waren.

   Die CDU/CSU hat konkrete Vorschläge zur schrittweisen Verwirklichung einer Internationalen Sozialen Marktwirtschaft – als Alternative zu einer dirigistischen „Neuen Weltwirtschaftsordnung" – vorgelegt. Die Bundesregierung hat international – nicht zuletzt auf Grund ihrer inneren Zerstrittenheit – eine rein defensive und hinhaltende Taktik angewandt.

   Gleichzeitig hat sie den Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe am Bruttosozialprodukt gesenkt und ihre internationalen Zusagen über eine Erhöhung der Entwicklungshilfe gebrochen. Dies konnte nur zu einer Verschärfung des Nord-Süd-Konflikts führen. Die Bundesregierung lieferte durch ihre Politik gleichzeitig Argumente für die radikaleren Entwicklungsländer sowie für jene führenden SPD-Politiker, die einer liberalen, marktorientierten Weltwirtschaftsordnung die Fähigkeit absprechen, geeignete Rahmenbedingungen für die Lösung des Nord-Süd-Problems zu schaffen.

2. Noch Anfang der siebziger Jahre standen national wie international Fragen nach geeigneten Entwicklungsstrategien im Mittelpunkt der entwicklungspolitischen Diskussion. Heute konzentriert sich die Aufmerksamkeit vorrangig auf das Problem weltweiter Einkommensumverteilung. Während also früher nach Problemlösungen im Bereich der einzelnen Länder und nach besseren weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für ihre Entwicklung gesucht wurde, werden jetzt Themen wie Umverteilung, Schließung der Kluft zwi-

schen Industrie- und Entwicklungsländern über dirigistische Regelungen oder automatischen Ressourcentransfer diskutiert. Die Verantwortung für die wirtschaftliche Zukunft der Entwicklungsländer wird jetzt auf die internationale Ebene geschoben. Sie soll vor allem den reichen Ländern, also den westlichen Industriestaaten, aufgebürdet werden. Doch die Entwicklung als „gesamtwirtschaftlicher Prozeß" des jeweiligen Entwicklungslandes kann nicht in erster Linie durch weltweite Umverteilung geleistet werden. Geht doch diese Forderung auch an der Tatsache vorbei, daß wirtschaftliche und soziale Leistungsfähigkeit eines Staates wesentlich durch die jeweilige kulturelle Verhaltensmuster und Wertvorstellungen bedingt sind.

Die Bundesregierung hat bisher keinerlei Initiativen ergriffen, um dieser gefährlichen Fehlentwicklung der internationalen entwicklungspolitischen Diskussion entgegenzuwirken.

3. Nach Auffassung der CDU/CSU läßt die Bundesregierung weitgehend unberücksichtigt, daß die radikalen Forderungen nach einer dirigistischen „Neuen Weltwirtschaftsordnung" im Zusammenhang stehen mit Forderungen nach Veränderung der internationalen politischen Ordnung. Resolutionen, wie sie 1976 auf der Konferenz der „blockfreien Staaten" in Colombo verabschiedet wurden, machen diesen Zusammenhang deutlich. Die Liste der dort erhobenen Forderungen reicht von der „Neuen Weltwirtschaftsordnung" bis zu einem eigenen Nachrichtenpool der Entwicklungsländer zur Beendigung angeblicher Einmischung der Industrieländer in ihre inneren Angelegenheiten.

Die kommunistischen Staaten, mit der UdSSR an der Spitze, haben das Spannungsverhältnis zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern ihrer Politik nutzbar gemacht. In vielen Fällen haben sie es angeheizt. Hand in Hand damit ging in Afrika und Südostasien die kommunistische politische Offensive und militärische Einmischung sowie in allen drei Erdteilen der südlichen Halbkugel die ideologische kommunistische Subversion.

Die Nord-Süd-Politik der Bundesregierung hat den verstärkten Expansionsdrang der kommunistischen Staaten in Asien, Afrika und Lateinamerika teilweise bewußt hingenommen, teilweise hat sie ihm nicht ausreichend Rechnung getragen.